

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Preisprobesthefte
Nr. 20.

Amtsblatt

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 54.

Dienstag, 7. März 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der hiesigen Postanstalt 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Verdingung.

Die Abfuhr der Asche und des Koths sowie die Räumung der Abortgruben in den hiesigen Garnison-Anstalten soll öffentlich verdingung werden. Bewerber wollen die Bedingungen im Geschäftszimmer der unterzeichneten Verwaltung vorher einsehen und ihre Angebote bis 15. März 1893, Vormittags 10 Uhr dahin einbringen.
Riesa, am 8. März 1893.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Die Schulaufnahme zu Bobersien

Mittwoch, den 8. März 1893,

Nachm. 1 Uhr

findet im Schulgebäude statt. Beizubringen ist der **Zuspfchein**, für auswärtige Geborene auch das **Taufzeugniß** und die **Geburtsurkunde**. Persönlich der Anmeldung zieht die gezielten Folgen nach sich. Hiernach haben alle Eltern schulpflichtig werdender Kinder zu achten.

Der Ortschulinspektor für Bobersien.
P. Werner.

Tagesgeschichte.

Der russische Botschafter am Berliner Hofe, Graf Schwalow, ist mit der Antwort des deutschen Reichskanzlers auf die russische Anfrage wegen Abchlusses eines Handelsvertrages nach Petersburg abgereist. Natürlich ist sowohl über die Tragweite der russischen Eröffnungen, als über die deutsche Antwort vollständiges Geheimniß beobachtet worden. Die hier und da aufgetauchten Mittheilungen über den Inhalt der deutschen Vorschläge können jedoch nur auf Vermuthungen, die freilich sehr nahe liegen, beruhen. Sie gehen dahin, daß Rußland und deutsche Industrie und Deutschland der russischen Landwirtschaft Konzessionen zu machen haben würde. Im Augenblick handelt es sich für uns hauptsächlich um die Frage, welche Aussichten für das Zustandekommen des Handelsvertrages obwalten und ob, wenn solche vorhanden sind, die Annahme gerechtfertigt erscheint, daß der Vertrag zu einer weiteren Besserung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland führen würde. Was nun zunächst den ersteren Punkt betrifft, so könnte es wohl als ein günstiges Moment angesehen werden, daß Graf Schwalow der Uebersbringer der deutschen Vorschläge ist. Denn es ist nicht unbekannt, daß der Graf einem Einvernehmen Rußlands mit Deutschland geneigt ist. Auch dürfte man schwerlich fehlgehen, wenn man voraussetzt, daß seine Stimme bei der Formulierung der deutschen Vorschläge soweit gehört ist, daß er sie in Petersburg wenigstens in der Hauptsache empfehlen kann. Andererseits stößt freilich ein russisch-deutscher Handelsvertrag in beiden Ländern auf eine nicht über die Köpfe anziehende Opposition und zwar im entgegengekehrten Sinne. Denn in Deutschland hält sich das landwirtschaftliche Gewerbe durch die Ausdehnung der Herabsetzung der Getreide- und Viehzölle, wie sie für Oesterreich-Ungarn erfolgt ist, auch auf Rußland für schwer geschädigt, während in Rußland die Fabrikanten eine erweiterte Konkurrenz der deutschen Industrie fürchten. In diesen Beschränkungen gefüllt sich in Rußland eine Gegnerschaft rein politischer Natur, von der man in Deutschland ganz unberührt ist. Denn eine ähnliche Stimmung, wie die panslawistische, die an und für sich der deutschen Nationalität feindlich gesinnt ist, erhebt bei uns nicht. Dieser letztere Umstand führt uns ganz von selbst auf die Erwiderung der zweiten Frage, ob der in Aussicht genommene Handelsvertrag dazu geeignet erscheint, eine weitere Besserung der politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern herbeizuführen. Denn wenn die franzosenfreundlichen Panslawisten gerade aus diesem Grunde nichts von einem russisch-deutschen Handelsvertrage wissen wollen, so ist das ein durchaus unverdächtig Zeugniß für die Wahrscheinlichkeit einer solchen Wirkung. Freilich brauchen sich die Herren nicht insoweit zu beunruhigen, als würden sich daraufhin Deutschland und Rußland brüderlich in die Arme fallen, denn es liegt gar kein Grund für uns vor, das eine zu thun und das andere zu lassen. Wir können uns mit Rußland in vernünftiger und praktischer Weise verständigen und brauchen deshalb noch keineswegs die Verpflichtungen zu veräüßern, die uns der Dreiebund auferlegt. Man hat sich deshalb auch in Wien oder Rom noch keinen Augenblick ernstlich darüber aufgeregt, als könnte sich Deutschland um der schönen Augen Rußlands willen seinen bisherigen Verbündeten entfremden.

Deutsches Reich. Wie man der „Pol. Corr.“ aus Konstantinopel meldet, hat nunmehr auch die Pforte ihren Beitritt zu der Internationalen Sanitätskonferenz zugesagt, jedoch nur gegen die Zustimmung, daß in dieser Konferenz keinerlei Aenderung der Befugnisse des jetzigen, aus türkischen und fremden Delegirten gebildeten Sanitätsrathes in Konstantinopel angeregt oder irgend eine Neu-Organisation desselben vorgeschlagen werden wird. Die Pforte will sich für die Verhängung der Quarantäne gegenüber dem Aus-

lande volle Freiheit wahren, ist dagegen bereit, allen anderen internationalen Maßnahmen gegenüber der Cholera, die in der Konferenz vereinbart werden, beizutreten.

Wie nicht anders zu erwarten war ist bei der Reichstagswahl im Regnier Kreise der freisinnige Kandidat Jungfer gewählt. Es erhielt derselbe nach den letzten Nachrichten 12 000 Stimmen, der Reformier Hertwich 7449 Stimmen. Das Resultat ist noch nicht endgültig, es stehen aber nur noch wenige Orte aus.

Die diesjährigen Kaisermandate in Elsaß-Lothringen sollen mit ganz besonderem Glanze ins Werk gesetzt werden. Außer dem Kaiser werden die meisten deutschen Fürsten persönlich oder durch Mitglieder ihrer Häuser dabei vertreten sein. Auch Vertreter des Kaisers von Oesterreich, vielleicht auch des Königs von Italien, werden dazu erwartet. In der Nähe von Metz wird die große Kaiserparade stattfinden. An dieser wird auch die bayerische 10. Infanterie-Brigade theilnehmen, die für die Zeit der großen Herbstübungen die Besatzung von Metz bilden wird. Neben den glänzenden militärischen Veranstaltungen sollen auch größere Festlichkeiten stattfinden, welche seitens der staatlichen und städtischen Behörden dem Kaiser und dessen fürstlichen Gästen zu Ehren gegeben werden. Bekanntlich waren diese Kaisermandate schon für den letzten Herbst geplant, aber wegen der Cholera-gefahr vom Kaiser abgesetzt worden.

Die *„Kemberger“*, *„Gazeta Narodowa“*, das Organ des Polens, schreibt, die Polen in Deutschland müßten im Interesse der polnischen Nation für die Militärvorlage stimmen, wie sie überhaupt selbst die weitestgehenden Forderungen zu Gunsten der Wahrung Deutschlands unterstützen müßten.

Vom Reichstag. Der Reichstag berieth auch gestern noch den Postetat. Abg. Vebel kam auf die Frage des Postassistentenverbandes zurück. Er betonte, der Verband wolle nur das materielle Wohl der Mitglieder fördern. In Bayern hätten die Postboten einen ähnlichen Verband gebildet, ohne daß die bayerische Regierung eingeschritten sei. Ebenso stehe es in Sachsen. Redner bezeichnete die unteren Postbeamten als besonders nothleidend. Er befragte die Postbeamten, ob sie die Einführung der Kartendrücke und den Wegfall des Sonntagnachmittagsdienstes. Direktor Fischer erwiderte, die Postverwaltung habe den Beamten niemals verboten, dem Assistentenverbande beizutreten. Die Postverwaltung die Verantwortung für jährlich 200 Milliarden Postsendungen, sie müsse darüber wachen, daß die Beamten nicht in finanzielle Schwierigkeiten gerathen. Die Criminalstatistik der Postbeamten sei außerordentlich günstig. In der Erbauung von Wohnhäusern für die Unterbeamten sei Abstand genommen worden, um ihnen nicht die Gelegenheit zu nehmen, durch Aboernehmen oder durch andere wirtschaftliche Leistungen ihr Einkommen zu verbessern. Die Zahl der unzufriedenen Beamten sei unerheblich. Abg. v. d. Schulenburg erklärte Namens der konservativen Partei, Stöcker habe bezüglich des Assistentenverbandes nur für seine Person gesprochen, die Partei dagegen dankt Herrn von Stephan für sein entschiedenes Vorgehen gegen die Assistenten. Gegenüber den Angriffen des Abg. Vebel erinnerte der Redner an die Errichtung des Weltpostvereins. Abg. Bollratz (freisinnig) empfahl, bezüglich der Zeitungstariffrage auch Angehörige des betreffenden Gewerbezweiges zu vernehmen. Abg. Marquardsen (nationalliberal) will Zeugniß ablegen für die großen Verdienste des Staatssekretärs von Stephan um das Postwesen. Er legte Werth darauf, daß seine Verdienste auch seitens der Nationalliberalen volle Würdigung gefunden haben. Der Titel: Befolgung des Staatssekretärs ward darauf bewilligt. Bei dem Titel: Unterbeamte ward eine Resolution, betreffend die Dienstaltersstufen, ohne Debatte angenommen. Bei dem

Titel: Anschaffung und Unterhaltung von Apparaten bemerzte der Staatssekretär von Stephan, auf eine frühere Anregung des Abg. v. zurückkommend, Deutschland besitze das größte Telephonnetz aller Staaten, England nicht ausgenommen. Das Telephonnetz sei aus den laufenden Einnahmen der Post angelegt; das sei doch für eine Verwaltung, die sich angeblich in Stagnation befinde, eine ganz gute Leistung. Der Rest des Postetats ward gemäß den Vorschlägen der Budgetkommission erledigt. Staatssekretär von Stephan theilte mit, die Einnahmen des laufenden Etatsjahres der Postverwaltung seien bedeutend günstiger als die vorjährigen Einnahmen. Vom 1. April 1892 bis incl. Januar 1893 betragen sie 22 792 628 Mk. gegen 20 504 149 Mk. im Vorjahre.

Frankreich. Der Pariser „Figaro“, der früher den Plan einer Wiederaufnahme der Arbeiten am Panamakanal begünstigt hatte, ist durch einen an Ort und Stelle geschickten Vertrauensmann anderer Ansicht geworden. Das Blatt giebt in seiner neuesten Nummer einen zweiten Bericht über die dortige Sachlage, welcher denjenigen, die es bedauern, so große Opfer einer ursprünglich groß gedachten Sache umsonst gebracht zu haben, auch nicht die leiseste Postkarte auf eine Wiederbelebung des Unternehmens übrig läßt.

Spanien. Bei den Wahlen zu den spanischen Cortes, die am Sonntag stattfanden, sind in Madrid alle republikanischen Kandidaten gewählt; Madrid entsendet somit 6 Republikaner und 2 Monarchisten in die Deputirtenkammer; unter den gewählten Republikanern befindet sich Borilla. Die Clerikalen haben keinen ihrer Kandidaten durchgebracht. Castelar ist in Sevilla gewählt worden. Von weiteren Wahlergebnissen sind die folgenden bekannt: Gewählt sind: in Barcelona zwei Republikaner, drei Ministerielle; in Sevilla ein Republikaner, zwei Ministerielle, ein Conservativer; in Saragossa zwei Republikaner, ein Conservativer, ein Ministerieller; in Valencia zwei Republikaner, ein Conservativer. Der Finanzminister Gamazo ist in Medina gewählt worden. Es kamen verschiedentlich Außerordnungen vor. In Almeria zerstreute die Polizei eine Gruppe, die eine republikanische Fahne mit sich führte, in Lara del Rey wurde ein Carlist, welcher „es lebe Don Carlos!“ rief, schwer verwundet, in Valencia wurden die Wahlen durch die Fenster geworfen. In Saragossa wurden mehrere Wähler wegen Stimmenhandels verhaftet.

Afrika. Wie das „Neuerliche Bureau“ aus Zanibar meldet, starb am 5. d. der Sultan Sayyid Ali ben Said infolge von Wasserfucht. 250 Mann englische Marine-Infanterie wurden sofort ausgeschifft und nahmen vor dem Palais des Kalifen Aufstellung. Der Sohn des verstorbenen Sultans, Kalid Bargash, drang durch eine Hintertüre ins Palais ein und versuchte sämmtliche Thore zu sperren, öffnete dieselben jedoch auf Aufforderung des englischen Konsuls wieder. Derselbe wurde sodann unter Eskorte in sein Haus geführt. Die englische Marine-Infanterie bewacht fortwährend das Palais.

Deutliches und Sächsisches.

Riesa, 7. März 1893.

Am Sonntag, den 12. März cr., Vormittags 1/12 Uhr findet auf Veranlassung des „Conservativen Vereins zu Dresden“ im großen Saale des Livoli (Wettinerstraße) dortselbst eine Vereinsversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Herr Graf v. Mirbach einen Vortrag halten und über das Thema: „Zur politischen Lage“ sprechen wird. In diesem Vortrage wird der Herr Graf insbesondere auch die dem Reichstage vorliegende Militärvorlage behandeln. Vor dem bezeichneten Vortrage wird der Vice-Präsident des preussischen Herrenhauses und Vorsitzende der deutsch-conservativen Reichstags-

